

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 41. 30. Jahrg.

12. Oktober 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHTKUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Wenn es Frieden wird! Rundschau. Eine weitherzigere Anwendung des Militärhinterbliebenen-Gesetzes. Der § 153 der Gewerbeordnung und der Erpressungsparagraph. Die Verschwendungssucht der Arbeiter. — **Allgemeines:** Gegen die Teuerung. (Hamburg.) Zur Papierknappheit. Eine ausweichende Antwort. — **Die photomech. Fächer:** Kommt eine Betriebsbeinsdrängung? — **Feuilleton:** Das technische und soziale Werk Henry Fords. I.

Wenn es Frieden wird!

I.
Lebhafter noch als sonst durchschwirren Friedensgerüchte die Luft. Immer wieder greift unsere Sehnsucht nach jedem Strohalm der Hoffnung. Endlich muß ja doch einmal dieser unfassbare Wahnwitz ein Ende haben. Wenn wir uns aber dann so recht in dem Gedanken zu versenken suchen, wie es nachdem werden wird, dann bemerken wir, daß auch mit dem Kriegsende noch lange nicht die Beendigung der Sorgen der Kriegszeit kommen wird.

In den Sozialistischen Monatsheften versuchte Dr. August Müller die Schwierigkeiten der Wiedereinrichtung unseres Wirtschaftslebens für die Friedensarbeit auseinanderzusetzen. Beim wirtschaftlichen Wiederaufbau werden wir uns, nach Müller, bemühen müssen, in äußerster Sparsamkeit, wahrscheinlich auf Jahre hinaus, mit den vorhandenen wirtschaftlichen Mitteln umzugehen. Wir können nicht mehr wie ehemals aus der berauschenden Fülle des Reichtums an Rohmaterialien, Produkten und Arbeitskräften schöpfen. Es wird uns schwer fallen, die notwendigen Rohstoffe heranzuschaffen, weil es an den Transportmitteln dazu fehlt, aber auch weil wir sie vielleicht nicht einmal zahlen können. Sparsamkeit im Verbrauch aller notwendigen Konsumgüter, Unterdrückung aller Produktion für geschmacklosen und überflüssigen Luxus in jeder Form, dafür Steigerung der Produktion aller für die Gesellschaft wichtigen Bedarfsartikel auf die denkbar höchste Ertragsfähigkeit, das wird Leitmotiv unseres volkswirtschaftlichen Handelns sein müssen.

Müller weist dabei auf die bis ins Kleinste gehende organisatorische Vorarbeit Englands hin. Für die Industrie habe dort der Staat sich die Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte gesichert. Es würde dabei der Grundsatz verfolgt, das eigentlich wertschaffende Moment, die Produktion, mit allen Kräften zu fördern und alle überflüssigen Zwischenglieder auszuschalten. Die Folge wäre eine Verbilligung der Produktion. Für dieses Programm wurde in England auch die Arbeiterschaft zu gewinnen versucht, durch den Versuch der Schaffung einer gemeinsamen Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, durch Abwendung von Streiks und ähnliches mehr.

Gegen eine planmäßige Wiederaufrichtung der heimischen Arbeit werden sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands sicherlich nicht zur Wehr setzen. Über die Mittel zu diesem Zweck freilich werden die Anschauungen häufig sehr weit auseinander gehen. Wenn z. B. bei der Verfertigung des

Grundsatzes, der höchstmöglichen Vervollkommnung der Produktion, sogar der vermehrten Einführung der Nadtarbeit das Wort geredet wird, so ist eine solche Steigerung der menschlichen Arbeitskraft wohl kaum ohne den ernstesten Widerstand der Gewerkschaften und aller sozialpolitisch gesinnten Elemente denkbar. Denn hier würden wir etwas preisgeben, was wichtiger ist als das Ziel selber.

Denn die Wiedererringung unserer Stellung auf dem Weltmarkt darf nicht auf Kosten der vorhandenen menschlichen Arbeitskraft geschehen. Wir haben nichts gegen die denkbar möglichste Vervollkommnung des Arbeitsprozesses durch vermehrte Einstellung Arbeit ersparender Maschinen, durch Vereinfachung des Arbeitsprozesses, durch Ausschaltung aller überflüssigen Zwischenglieder und durch Weglassung aller Luxusproduktion einzuwenden. Niemals aber kann es uns gleichgültig bleiben, wie die menschliche Arbeitskraft selbst in diesen Wiederaufbau eingespannt wird.

Der Zweck der richtig geleiteten Volkswirtschaft kann doch nur der sein, den größten Wohlstand für die Gesamtheit des deutschen Volkes herbeizuführen. Diese Gesamtheit des deutschen Volkes ist aber zu $\frac{2}{3}$ in ihrem Schicksal verbunden mit dem Schicksal der gewerblichen Lohnarbeiterschaft. Es wäre ein eigenartiges Verhalten, wollte man diesen größten Teil der Gesamtheit der Bevölkerung in seiner Arbeitskraft bis auf den letzten Rest auspressen, um nur den Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausschalten zu können. Es wäre die Methode des Geizhalses, der um reich zu werden sich das Nötigste nicht gönnt und schließlich im Angesicht seiner Ersparnisse vor physischer Entkräftung zusammenbricht. Schon allein die gesundheitlichen Folgen dieser erhöhten Ausnutzung der Arbeitskraft würde die Arbeiterschaft wieder von dem Wohlstand ausschließen. Frauen und Kinder der Arbeiter würden gleichermaßen unter der gesundheitlichen Erschöpfung ihres Ernährers leiden müssen.

Diese unmäßige Anspannung der Arbeitskraft wäre aber auch Raubbau an der vorhandenen gesellschaftlichen Arbeitskraft. Zukunftswerte von unberechenbarer Größe würden so vernichtet; Tuberkulose und Nervenleiden, als Folgen, übertrügen sich auf die kommende Generation und verminderten so die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft in späteren Zeiten.

Darum muß neben der eifrigsten Förderung der Technik und der Vervollkommnung der Organisation der Volkswirtschaft, die Schonung der menschlichen Arbeitskraft gehen. Das wird am besten durch die Durchführung der gewerkschaftlichen Arbeiterschutzforderungen für die Übergangswirtschaft, wie sie in der Eingabe der deutschen Gewerkschaften aufgeführt sind, (Gr. Pr. v. 28. Juli 1917), und wie sie noch einmal ausführlicher in dem trefflichen Vortrage des Gen. Wissel (Gr. Pr. v. 38) dargelegt wurden.

Wenn Müller sagt: daß das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel für den Wiederaufbau zu messen ist, so darf doch daran erinnert werden, daß eben zu dieser Allgemeinheit der Teil der Bevölkerung, der mit der Lohnarbeiterschaft wirtschaftlich und familiär verbunden ist, den größten Teil ausmacht. Andererseits haben wir keine Ursache zu verschweigen, daß das organisierte Unternehmertum keinen Hehl daraus macht, wie eifrig es an der Senkung der Löhne nach dem Kriege arbeitet. Darum kämpfen sie mit dem Mute der Verzweiflung gegen den paritätischen und öffentlichen Arbeitsnachweis, darum arbeiten sie mit den riesigsten Geldmitteln gegen den Einfluß der Arbeitervertreter im Reichstag, weil sie eine Ausdehnung der Sozialpolitik für die Zeit nach dem Kriege fürchten wie das höllische Feuer. In der »Tapeten-Zeitung« gibt der Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank, Berlin, selbst zu: daß nach dem Kriege die Preise aller Erzeugnisse sehr hoch sein werden, daß noch auf Jahrzehnte hinaus ein Maß von finanziellen Lasten dem einzelnen auferlegt sein wird, das sich in dem Preis jeder Ware geltend machen muß. Er folgert als selbstverständlich daraus die Notwendigkeit hoher Arbeitslöhne und Gehälter. Trotzdem arbeiten die Unternehmer an der Herabdrückung dieser Löhne; für sie fällt die allgemeine Volkswohlfahrt offenbar mit dem Gewinn der Kapitalisten zusammen.

Rundschau.

25 jähriges Arbeitsjubiläum. Der Kollege, Oberdrucker Karl Meyer, in der Wiedemann'schen Druckerei A.-G., Saalfeld (Saale), konnte gegen Ende des Monats September d. Js. sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum begehen. Dem Jubiläumskollegen wurden Ehrungen seitens des Direktors der Gesellschaft, sowie der Kollegen zu teil. Kollege Karl Meyer ist wohl der erste Maschinenmeister für keramischen Abziehbilder-Druck in Deutschland, da er in der ersten Firma für Keramik-Druck tätig war, welche mit Wiedemann A.-G. vereinigt ist. Seit zehn Jahren ist Kollege K. M. Oberdrucker in der keramischen Abteilung. Wir gratulieren noch nachträglich.

Vom Wachstum der freien Gewerkschaften. Der Gemeindearbeiterverband gewann im August 1649 neue Mitglieder und erzielte damit eine Rekordzunahme. Seine jetzige Mitgliederzahl steht um 3663 über den Stand vor Kriegsbeginn. Der Verband hat in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres über 4000 Mitgliederzunahme erzielt.

Die Spaltung des Leipziger Gewerkschaftskartells. Aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell sind auf Antreiben der Unabhängigen Sozialdemokratie in den letzten Wochen eine Reihe von örtlichen Gewerkschaftsverwaltungen ausgeschieden, um dadurch ihren Protest gegen die politische Haltung der Angestellten des Kartells und gegen die Politik der Generalkommission zum Ausdruck zu geben. Die ausgeschiedenen Gewerkschaften fordern nunmehr zur Gründung eines unabhängigen Gewerkschaftskartells auf, das ein unabhängiges Arbeitersekretariat gründen und einen unabhängigen Gewerkschaftssekretär zur Auskunftsverteilung anstellen soll. Das ist der erste offene Schritt zur Spaltung der Gewerkschaften, der von den Unabhängigen unternommen wird. Er hängt zusammen mit dem Beschluß der Leipziger Unabhängigen, daß in gemeinsamen Kommissionen der Partei und der Gewerkschaften nur solche Vertreter sitzen dürften, die bei den Unabhängigen politisch or-

ganisiert seien. Der Leipziger Kartellausschuß hat auf diese Zumutung den Beschluß gefaßt, daß die in die gemeinsamen Ausschüsse entsandten Kartellvertreter ausschließlich Gewerkschaftsvertreter niemals aber Vertreter einer bestimmten Parteipolitischen Richtung seien; darüber, wen das Kartell als Vertreter in die gemeinsamen Ausschüsse entsenden wolle, habe es selbständig, unbefehligt von außerhalb des Kartells stehenden Organisationen und nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen zu entscheiden — das Kartell lehne daher das Verlangen ab, nur Vertreter zu entsenden, die einer bestimmten Parteirichtung angehören. Die Antwort auf diesen Beschluß, der für jeden Gewerkschaftler ja nur Selbstverständliches sagt, ist nunmehr die Gründung eines eigenen Leipziger Kartells der Unabhängigen.

Die Erfindung der Schnellpresse. In diesem Jahre 1917 sind es gerade 100 Jahre her, daß der Erfinder der Schnellpresse, Friedrich König, aus England zurückkehrte und im Kloster Oberzell bei Würzburg die erste deutsche Schnellpressenfabrik gründete. König, der praktisch lernte, hatte schon frühzeitig den Gedanken an die Schnellpresse, die bedeutendste Verbesserung seit Gutenbergs und Senefelders Erfindungen. Im Jahre 1802 hatte er den Plan schon völlig reif im Kopf. Leider fand sich damals niemand in Deutschland, der die erforderlichen Mittel hergab. Auch in Rußland hatte er 1806 keinen Geldmann gefunden; erst in England gelang ihm dieses. Dort wurde im Jahre 1811 die erste Schnellpresse bei Bensley in London aufgestellt. Ende November 1814 wurde die »Times«, als erste Zeitung, auf der Schnellpresse gedruckt. Ebensoviele wie Gutenberg und Senefelder, erntete König zuerst den Lohn seiner Erfindung, denn der Engländer Bensley suchte König um den Löwenanteil zu betrügen. Das brachte König dazu, daß er vor hundert Jahren, 1817, nach Deutschland zurückkehrte und bei Würzburg seine eigene Fabrik schuf.

Beschleunigte Auszahlung der Familienunterstützung. Die Gewährung der Familienunterstützung für die in den Heeresdienst eingetretenen Mannschaften wird oft durch Streitigkeiten der »Lieferungsverbände« untereinander über die »Zuständigkeit« sehr in die Länge gezogen. Es geht häufig wie bei der Festsetzung der Armenunterstützung, — die eine Behörde behauptet, daß die andere zuständig sei, und der Bedürftige leidet einseitigen bitteren Not. Auf eine »kleine Anfrage« im Reichstag hat jetzt der Reichskanzler die schriftliche Antwort erteilt, daß zur vorläufigen Unterstützung unter allen Umständen derjenige Lieferungsverband verpflichtet ist, in dessen Bezirk sich der Unterstützungsberechtigte zur Zeit der Stellung des Antrages aufhielt. Die Frage der endgültigen Leistung könnten dann die Lieferungsverbände untereinander ausmachen. Auf diese Weise mußten Verzögerungen in der Festsetzung vermieden werden. Die Behörden seien auf die genaue Einhaltung dieser Regeln hingewiesen worden.

Säuglingsschutz. In allen Straßen wurde gesammelt. Diesmal für die Säuglinge. Die Mittel sind sicherlich nötig. Aber auch wenn die Sammlung reichlich war, ist das Ergebnis ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Säuglinge gehen zugrunde an ihrer sozialen Lage. Enge Wohnung, ungenügende Ernährung, unwissende Behandlung führen zu Krankheiten und zum Tode. In den vornehmen Vierteln, in den Familien mit gutem Einkommen, sterben sehr viel weniger Kinder als in den Kreisen der armen Bevölkerung. Es ist ja so selbstverständlich. In der engen Mietkaserne, vielleicht hinten im Hofe, wo kein Licht hinkommt, entsteht in den Sommermonaten, die die Linie der Säuglingssterblichkeit alljährlich hinaufschneidet, eine dunstige Luft und eine übermäßige Temperatur. Auch in der Nacht kühlen die Wohnungen nicht aus. Die kleinen Kinder leiden entsetzlich, ihre Nahrung verdirbt. In den engen Wohnungen hat jemand Tuberkulose. Die nötige Trennung vom Säugling ist nicht durchführbar. Irgendwo in der Mietkaserne ist Scharlach. Die Fliegen tragen die Keime von einem Fenster in das andere. — An den Mitteln zur zweckmäßigen Nahrung fehlt es häufig. Die Kinder werden nicht gesillt, weil die Mutter verdienen muß. Selbst Kuhmilch ist kaum zu beschaffen. Da soll die Wohltätigkeit helfen! Aber Wohltätigkeit hilft bestenfalls stückweise. Um das ganze Übel zu beseitigen, müssen die Grundlagen des Verberbs abgeschafft werden. Die Befriedigung des notwendigen Wohnungsbedürfnisses darf nicht dem privaten Eigennutz überlassen werden, welcher in den Städten die Bodenrente immer höher treibt, sodaß die arme Bevölkerung von Jahr zu Jahr einen immer höheren Tribut aus ihrem Erwerb für die Gewinnung eines Raumes zum Schlafen, eines Stückchen Bodenfläche zum Leben ohne Gegenleistung steuern muß. Gewiß kann man die nötige soziale Reform nicht von heute auf morgen durchsetzen. Darum sammelt man Nickel. Wenn man das kindermordende Hinterhaus beseitigt, wenn man gemeinnützige Gartenstädte mit dem Enteignungsrecht für brauchbare Bodenflächen ausstattet, wenn man wenigstens die Lebensmittelfabrikation in Reichsbetrieb nimmt und dadurch unzweckmäßige Verteuerung und vielfach widersinnige Verarbeitung von unmittelbar genießbaren Dingen verhütet, so tut man mehr

für die Säuglinge, als wenn man 10000 Sammelbüchsen füllt. Und da man sagt: Man tut es nicht für die Säuglinge, sondern für die Zukunft des Vaterlandes! Wohlan, Sozialreform fürs Vaterland!

Lebensmittelversorgung der Kranken. Wie vom Kriegsernährungsamt mitgeteilt wird, sind Anträge auf Zubilligung von Nahrungsmittelzulagen an sich selbst bekostigende Kranke nach wie vor unter Anschluß eines von einem Arzt auf vorgeschriebenem Vordruck ausgestellten Zeugnisses der ärztlichen Prüfungsstellen einzureichen. Diese entscheidet, ob die Anforderung überhaupt im vollen Umfange und auf die gewünschte Zeitdauer zu bewilligen, ob sie abzulehnen oder nach Menge und Zeitdauer zu beschränken ist, oder durch Bewilligung anderer gerade in reichlicherer Menge vorhandener Nahrungsmittel zu ersetzen ist. Die den Kranken zu gewährenden Mindestmengen, von denen in der erwähnten Zeitungsnachricht die Rede ist, z. B. 4 Pfund Brot wöchentlich, 300 g Fleisch, 2 Eier, 140 g Butter, täglich ein halbes Liter Milch, monatlich 400 g Käse usw., sind allgemein nur öffentlichen allgemeinen Krankenhäusern vorbehaltlich des richtigen Ausgleichs der Nahrungsmittelzulagen unter den Anstaltsinsassen, je nachdem sie ihrer mehr oder minder bedürftig erscheinen, zugebilligt.

Eine weitherzigere Anwendung des Militär-Hinterbliebenengesetzes

wird allen Dienststellen gemäß eines kriegsministeriellen Erlasses vom 14. März 1917 erneut empfohlen. Es wird darauf hingewiesen, daß die auf Grund des § 26 des Mil.-Hinterbl.-Ges. 1907 vorgesehene Hinterbliebenenversorgung eine anders geartete und umfassendere sein soll, als sie auf Grund von Friedensdienstbeschädigung den Hinterbliebenen gewährt wird, weil es sich durch den Krieg um Verhältnisse, Zustände oder Umstände handelt, welche von denen zur Friedenszeit gänzlich abweichen. Das Gesetz gibt unter bestimmten Voraussetzungen gemäß §§ 19—25 den Hinterbliebenen eine Kriegsversorgung. Bei den zu beschaffenden Unterlagen, Erhebungen und Aufhebungen handelt es sich um den Nachweis des Vorhandenseins oder Nichtvorhandenseins von besonderen Kriegseinflüssen. Das Gesetz enthält nur die Grundlagen für die Gewährung der Versorgung aus § 26 Abs. 2 Ziffer 1. Bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Fälle ist die Aufführung solcher, zur Versorgung führender Möglichkeiten im Gesetz unterblieben, weshalb den Dienststellen neue, detaillierte Anweisungen gegeben sind. Besonders wichtige Punkte davon sind: Feststellung, daß der Verstorbene dem Feldheere nicht angehört hat; außerordentliche Anstrengungen sind dienstliche Verrichtungen, die ein besonders hohes Maß körperlicher oder seelischer Anspannung erfordern. Stets sollen auch die besonderen Umstände, Alter, frühere Lebensweise und berufliche Tätigkeit berücksichtigt werden. Zu den außerordentlichen Entbehrungen sind nicht nur unzureichende, sondern auch unregelmäßige und ungeeignete Kost zu rechnen. Als dem Leben und der Gesundheit gefährliche Einflüsse kommen auch Witterungseinflüsse (starker Frost, andauernde Hitze, Durchnässungen usw.) Unterbringung in dünngebauten, zugigen Räumen in Betracht, auch können unzureichende Lüftung, Ansteckungsgefahr infolge zu starker Belegung, ferner langandauernde Transporte in ungeheizten Eisenbahnwagen, mangelhafte Kleidung, Klimawechsel usw. in Frage kommen. Für die Versorgungsgewährung ist es nicht immer nötig, daß der schädigende Umstand nicht die alleinige Ursache der Gesundheitsstörung gewesen ist; es genügt vielmehr, wenn er erwiesenermaßen oder wahrscheinlich bei der Entstehung des zum Tode führenden Leidens gewirkt oder ein schon bestehendes Leiden verschlimmert hat. Hinterbliebene, die Anspruch auf Versorgung erheben wollen oder vielleicht schon abschlägig beschieden worden sind, können unter Berufung auf die in erwähntem Erlaß niedergelegten Gesichtspunkte in vielen Fällen erfolgreich Schritte unternehmen. pk.

§ 153 der Gewerbeordnung und der Erpressungsparagraph.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat im Frühjahr 1916 einen Arbeitsausschuß eingesetzt, der sich in erster Linie mit der Neuordnung des Koalitionsrechts beschäftigte. Aus den Leitsätzen, die dieser Ausschuß als Ergebnis seiner Beratung aufsetzte, heben sich folgende wichtige Arbeiterforderungen an den Reichstag in erster Linie heraus: Änderung des § 253 des Strafgesetzbuches (Erpressung) insoweit, daß jede Anwendung auf gesetzlich erlaubte Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich wird; Streichung des § 153 der Reichsgewerbeordnung und Aufhebung der Gesindeordnung. Die Vorschläge des Arbeitsausschusses der Gesellschaft für soziale Reform sind, wie das »Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands« dazu bemerkt, klar definiert und auf eingehendste begründet. Sie können in kürzester Frist vom Reichstag in eine gesetzgeberische Form gebracht und dadurch der Lösung nähergeführt

werden. Das Entscheidende ist längst nicht mehr die Schwierigkeit der Materie, sondern der feste und nachdrücklich geltend gemachte Wille der Vertretung des deutschen Volkes. Erkennt die Reichsregierung, daß dieser Wille vorhanden ist und sich durchzusetzen weiß, so wird sie sich in das Unvermeidliche schicken und die Hand zu einer freiheligen Neuordnung des Koalitionsrechts bieten.

Zu den in der Überschrift genannten beiden Themen nimmt Gen. Rechtsanwält Hugo Heinemann noch einmal das Wort und fordert die Arbeitervertretung im Reichstage zum schärfsten Kampf für Durchsetzung dieser Forderungen ein. Die zwei wesentlichsten Fragen sind sprudelfrei: Die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und die Umgestaltung des Erpressungsparagraphen. Die Motive zu dem von der sozialdemokratischen Partei vorzulegenden Gesetzentwurf werden sich vorzugsweise auf die Erfahrungen der Kriegszeit zu stützen haben. Mit Recht ertönt heute bei jeder gewiß tief beklagenswerten Arbeitsstellung der Ruf nach gewerkschaftlicher Zucht. Darf man sich aber wundern, wenn dieser leider hier und da versagt? — Ist es nicht unser Gesetz selbst, das der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft einen politischen Makel aufrückt und in § 153 aus diesem Gedanken die praktischen Konsequenzen zieht? Ist es nicht die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichtshofs, die das solidarische Handeln der Arbeiterklasse, die Befähigung ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und Verantwortlichkeitsbewußtseins gegenüber dem Ganzen zum Tabestand der Erpressung umgemünzt hat? War es nicht die »Arbeiterzeitung«, die in jeder Nummer vor dem Krieg dem Unternehmertum zurief, man solle ja nicht vergessen, daß nur der Zwang zur Koalition strafbar sei, die Verhinderung des Arbeiters an der freien Koalitionsausübung eine durchaus gesetzmäßige Handlung im deutschen Reich darstelle?

Sieht man jetzt endlich — wahrlich spät genug — die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ein und erkennt man die Kräftigung der gewerkschaftlichen Autorität als nationale Notwendigkeit an, dann kann man unsere den entgegen gesetzten Gedanken zum Ausdruck bringende Gesetzgebung nicht einen Tag länger bestehen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion muß unverzüglich Regierung und Reichstag zwingen, Farbe zu bekennen.

Sind die beiden gedachten Bestimmungen gefallen, dann wird es erst Zeit sein, die anderen wenn auch durchaus zu Unrecht mehr umstrittenen Gebiete in Angriff zu nehmen, insbesondere die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf diejenigen Arbeiterkategorien, denen sie zurzeit noch versagt ist, die Sicherung des Streikpostenstehens gegen polizeiliche Übergriffe, die Kriminalisierung aller Versuche, der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht zu rauben, das Einigungswesen usw. So wichtig diese Vorschläge sind, man vertage sie einen Augenblick, um den Verschleppungstaktiken keinen Vorwand zu bieten. Die reife Frucht aber pflücke man. Da scheiden sich die Geister. Wer hier versagt, erklärt damit, daß er bewußt und gewollt die Staatsnotwendigkeit hinter der materiellen Interessiertheit einzelner kleiner Gruppen zurücktreten läßt. Wenn mit dem Fall des Dreiklassenwahlrechts die politische Ungerechtigkeit beseitigt wird, darf die soziale Achtungspolitik nicht länger ihr jämmerliches Dasein fristen.

Die Verschwendungssucht der Arbeiter.

Im »Proletarier«, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes plaudert St. in launiger Weise über die Verschwendungssucht der Arbeiter, die nach der Ansicht eines Unternehmers aus der Papierindustrie durch den Verkauf satirischer Postkarten bekämpft werden müsse.

»Je länger der Weltkrieg noch dauert, desto mehr steigt auch die Verschwendungssucht der Arbeiter. Es ist fast unbegreiflich, wie stark diese Sucht unter der Arbeiterschaft im Zunehmen begriffen ist. Sie verschwenden täglich 12 und mehr Stunden ihre noch vorhandene Arbeitskraft bei angestrebter Arbeitsleistung und mangelhafter Entlohnung in dumpfen und staubigen Betrieben, derweil die Dämonen und Herren der besseren Kreise ihre Zeit in Kaffeehäusern, Waldwirtschaften, Badehotels und auf Promenaden nützlich verwenden. Sogar ihr sauer verdientes Geld verschwenden die Arbeiter zum Ankauf der rationierten Lebensmittel, während die Herrschaften im Schweiß ihres Angesichts auf Schleichwegen Lebensmittel auf dem Lande aufkaufen und mit der Bahn oder mit dem Auto in ihre Heimat befördern, um mit ihren Familien während der Kriegszeit »durchhalten« zu können. Auch von der Modotorheit sind die Arbeiter befallen worden. Anstatt zu sparen, kaufen sie sich die teuren Kleidungsstücke aus Papiergarn und tragen Segeltuchersatzschuhe aus Papierstoff mit Kunstleder- oder Holzsohlen, während die besseren Leute nach wie vor an der altbewährten Kleidung aus guten Textil- und Seidenstoffen festhalten.

Sogar in der Genußmittelfrage machen die Arbeiter die Modotorheit mit. Statt sich an die altbewährten Wein- und Sektmarken zu halten, verschwenden sie lieber ihr Geld an die teuren Limo-

nanden und Bierersatzmittel. Selbst die altbewährten Tabaksorten sind ihnen nicht mehr gut genug, sie versuchen sich an allerhand Tabakersatz, wie Rosenblätter, Brombeerblätter, Besenginster und andre seit jeher verachtete einheimische Pflanzen.

Diese »Verschwendungssucht der Arbeiter« muß selbstverständlich alle gebildeten und wohlhabenden Bevölkerungskreise empören. Vertreter dieser Kreise suchen deshalb die Arbeiter aus dieser sittlichen Verwahrlosung zu retten, und sie haben das Rettungsmittel in der — satirischen Postkarte gefunden. In Nr. 69 der »Papierzeitung« begründet ein Unternehmer den sittlichen Wert der satirischen Postkarten folgendermaßen:

»Edler Humor und edle Satire beleben nicht nur die Stimmung, was in Kriegszeiten besonders wichtig ist, sondern wirken oft auch erzieherisch. So zum Beispiel, wenn sie die sittlichen Auswüchse geißeln, die die Kriegszeit geschaffen hat. Zu diesen gehört der schamlose Wucher und in Verbindung mit ihm eine widerliche Verschwendungs- und Vergnügungssucht, die dem Satiriker reiche Betätigung ermöglichen. Es kann sicherlich nur bessernd wirken, wenn derartiges in Wort und Bild scharf geißelt wird, besonders da die Verschwendungs- und Vergnügungssucht auch die Arbeiterkreise ergriffen hat, die sich später nur schwer wieder in geordnete Verhältnisse fügen werden.«

Selbstverständlich erkennen die »verschwendenden« Arbeiter den hohen Wert der Bemühungen jener Herren an, die unter Verbrauch ihres Gehirnschmalzes in dieser fettermen Zeit die satirische Postkarte als Mittel erfunden haben, um die Arbeiterschaft von ihrer »Verschwendungssucht« zu befreien und sie wieder »geordneten Verhältnissen« zuzuführen. Trotzdem bedauern sie die Käufer solcher »satirischen Postkarten«, die ihr Geld für überflüssige Sachen verschwenden.«

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gegen die Teuerung.

Hamburg.

Um unseren im Felde stehenden Kollegen und den Kollegen im Reiche ein Bild von den hiesigen Verhältnissen zu geben, diene nachstehender Bericht: Von unserer, vor dem Kriege so blühenden Zahlstelle, sind nur noch 91 Mitglieder übriggeblieben. Kaum daß sich die Kollegen im Vorstand eingelebt hatten, so wurden dieselben zum Heeresdienst einberufen. So besteht die Zahlstelle in der Hauptsache fast nur aus Veteranen. Die Zurückgebliebenen haben die Pflicht übernommen, die Zahlstelle hochzuhalten und den im Felde stehenden Kollegen bei ihrer Heimkehr Redenshaft zu geben über die Verbandsstätigkeit. Den infolge des Krieges fortgesetzt gestiegenen Preisen für Lebensmittel und phantastischen Preisen für sonstige unentbehrlichen Bedarfsartikel, mußte das Bestreben folgen, die Lohnverhältnisse zu verbessern. Wir können nun konstatieren, daß Erfolg nicht ausgeblieben ist, ohne zu behaupten, daß die Steigerung der Lohnverhältnisse der der Lebensmittelpreise auch nur im Entferntesten entspricht. Im Jahre 1913 bewegten sich die Löhne zwischen 30 Mk. bis 40 Mk. Jetzt werden Löhne von 38 Mk. bis 50 Mk. und darüber bezahlt. Nachdem seit 1916 im allgemeinen eine Teuerungszulage von 10 Mk. monatlich bezahlt wurde setzte hier im Mai die Bewegung ein, eine höhere Teuerungszulage zu fordern. Am 1. Juni 1917 unterbreiteten wir sämtlichen Arbeitgebern unserer Branche ein Schreiben mit dem Ersuchen um Erhöhung der Teuerungszulagen.

Wir verlangten eine Zulage von 3 Mk. wöchentlich für die Gehilfen, die mehr als 9 Mk. über dem Mindestlohn standen, und erhöhten unsere Forderung für diejenigen, die den Mindestlohn erhielten oder bis 1 Mk. darüber, auf 8 Mk. Die Zwischenstufen veränderten sich dementsprechend. Für verheiratete Gehilfen erhöhten wir unsere Zulageforderung um durchschnittlich 1,50 Mk. pro Woche, sodaß hier der niedrigste Satz 4,50 Mk., der höchste aber 9,50 Mk. betrug. Für Arbeiterinnen empfahlen wir eine Teuerungszulage von wöchentlich 3,50 Mk., für Lehrlinge von 2 Mk.

Der Versuch, mit dem hiesigen Prinzipalverein »Senefelder« eine feste Vereinbarung zu treffen, scheiterte wie vorausgesehen. Der Verein verschante sich hinter dem Schutzverband. Trotzdem können wir berichten, daß fast allgemein nach unserer Tabelle bezahlt wird. Einige Geschäfte zahlen mehr; auch haben unsere Kollegen, welche in Staatsbetrieben arbeiten, bedeutend höhere Teuerungszulagen. Daß nicht mehr erreicht ist, liegt an der Eigenart der beruflichen Verhältnisse in Hamburg mit seinen vielen Kleinbetrieben; aber auch einem Teil der Kollegen ist die Mitschuld nicht abzuspüren. Es heißt, nicht ruhen und rasten, sondern fortgesetzt bestrebt sein, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Nur der verdient die Freiheit und besseres Leben, der täglich darum zu kämpfen weiß. A. M.

Zur Papierknappheit.

Die Tageszeitungen der großen Städte leiden außerordentlich unter der Papierknappheit, und

hier besonders wieder die großen Zeitungen. Das »Berliner Tageblatt« z. B., das Sonntags häufig einen Umfang von 60 Seiten hatte, kam kürzlich mit 6 Seiten heraus. Ebenso ergeht es den anderen Tageszeitungen. Das durch die Kontingentierung schon an sich arg beschränkte Maß gelingt es selten richtig einzuhalten. Zu alledem kommt nun noch eine Verordnung, wonach auch für Zeitschriften die im 3. Vierteljahr 1917 verbrauchte Papiermenge nach dem 1. Oktober um 20 Proz. gekürzt werden soll. Unser Schwagerorgan, der »Korrespondent« der deutschen Buchdrucker sieht dieser Entwicklung mit Bangem entgegen. Es schreibt dazu: »Da die Einschränkung auf 55 Proz. den Druck von Büchern, Sammelwerken, Einzelwerken, Jugendschriften, Musikalien, Zeitschriften und sonstige periodische Druckschriften betrifft, so bedeutet die neue Kontingentierung Lahmlegung des Buchdrucks in großem Maßstab. Es ist traurig, aber wahr: unserm Gewerbe wird faktisch die Luft abgedreht.«

Was aber dort im Buchdruckgewerbe vor sich geht ist nur ein Teil der Tragödie. Die neueste Beschränkung für die Zeitschriften belehrt uns schon, daß es mit dem Papier für den Kunstdruck nicht viel besser steht. So wird in unserem Gewerbe zu dem Mangel an allen möglichen Materialien, das Fehlen des Druckpapiers sich bald genug noch gesellen. Damit hört die Arbeit in unseren Druckereien, soweit sie noch nicht aus den vielen anderen Gründen zum Stillstand gekommen ist, schließlich von selbst auf. Je nachdem also unsere Kunstdruckereien mehr oder weniger gehamstert haben, werden sie ihre vorliegenden Aufträge erledigen können.

Zu der Einstellung der Reklame und dem Ausfall anderer wichtiger Arbeitsgebiete im Graphischen Gewerbe gesellen sich mit der Länge des Krieges immer neue Schwierigkeiten. Und mit jeder dieser Schwierigkeiten wird die Zahl der im Gewerbe Tätigen kleiner und kleiner. Das ist auch allein die Ursache weshalb in unserem Verbands das Bild so ganz anders aussieht, als in den großen deutschen Industrieverbänden, deren Arbeiter notwendige Bedarfsartikel oder gar direkte Kriegsarbeit herstellen. Der Deutsche Metallarbeiterverband nimmt in den großen Industriegebieten bedeutend zu. Der Textilarbeiterverband, dessen Reihen durch die ganz besonderen Schwierigkeiten in der Textilindustrie (Baumwollmangel) stark gelichtet waren, gewann in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres 13436 Mitglieder und hat damit wieder 70000 überschritten. Der Holzarbeiterverband gewann vom 3. Quartal 1916 bis einschließlich August 1917 rund 17000 Mitglieder und zählte dann 84208, trotz andauernder Einberufungen. Dem Fabrikarbeiterverband sind in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 32173 Mitglieder beigetreten, gegen 14795 im ganzen Jahre 1916. Mit den zum Heere Eingezogenen zählt dieser Verband nun mehr Mitglieder als am 1. August 1914. Es geht also vorwärts mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung trotz Krieg und Spaltungsversuchen. Anders klingt das, was der Bildhauerverband berichtet muß. Er gehört zu den wenigen freien Gewerkschaften, die an Mitgliederzahl während der Kriegszeit ständig zurückgehen. Vor Kriegsbeginn zählte der Verband 3484 Mitglieder. Davon sind gegenwärtig noch 870 als aktive Mitglieder vorhanden. Von den jetzt noch vorhandenen Mitgliedern arbeitet ein Viertel außerhalb des Berufes. Aussicht auf Besserung bietet sich für den Zentralverband der Bildhauer erst nach Friedensschluß.

Ähnlich liegen die Dingen auch in unserem Verbands. Auch wir haben, wie der Bildhauerverband, ein vollständig abgeschlossenes Rekrutierungsgebiet. Ungelernte kommen so gut wie garnicht für uns in Frage. Aber auch die Gelernten gehen mehr und mehr von dem Beruf ab, weil immer wieder Unternehmer glauben, sich vor einer Lohnerhöhung zum Ausgleich der Teuerung drücken zu können. Die Verbandskollegen haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, die in der ersten Zeit fahnenflüchtig gewordenen Berufskollegen wieder dem Gewerbe zurückzuführen. Der Unterschied gegen die Kriegsindustrie ist aber doch zu kraß, als daß es auf die Dauer nennenswerten Erfolg haben könnte. Dazu gesellen sich noch jene Schwierigkeiten, von denen wir in dem ersten Teil dieses Aufsatzes sprachen, die gleichfalls mit der Länge des Krieges sich steigern müssen.

Ein Umschwung wird erst dann eintreten, wenn die Aufträge in den Kriegsindustrien weniger zu werden beginnen. Der Zeitpunkt wird allerdings sich mit automatischer Sicherheit einstellen. Mögen unsere, jetzt in anderen Berufen tätigen Kollegen sich dies recht vor Augen halten, damit sie inzwischen auch an ihre gewerkschaftliche Pflicht gegenüber ihrem erlernten Berufe denken.

Eine ausweichende Antwort.

In Nr. 37 der »Graphischen Presse« beschäftigt sich Kollege Jh. in längeren Ausführungen mit meiner Forderung, den Vertrauensmännerkörper zu verantwortlicher Mitarbeit zu berufen. Daß diese Forderung nicht jedem sofort einleuchtet, wundert mich nicht, zumal die Durchführbarkeit und praktische Wirkung eines derartigen Schrittes in meinem Artikel nur andeutungsweise behandelt worden

sind. Ich will deshalb versuchen, im Einzelnen nachzuweisen, daß die Ablehnung meines Vorschlags mit den Gründen die Kollege Jh. ins Feld führt, zum mindesten voreilig ist. Denn trotzdem Jh. verspricht, meinen Gedankengängen nachgehen zu wollen entwickelt er seine eigenen Gedanken und schreibt so fröhlich drauf los, daß er die Punkte, auf die es mir hauptsächlich ankam, einfach übersehen oder nur ganz kurz streift. Da ich bis jetzt annehme, daß lediglich sein Eifer, die »vollendete Demokratie« zu verteidigen, diese Mängel in seinen Ausführungen verschuldet hat, so will ich mich für heute darauf beschränken, meinen in großen Umrissen gehaltenen Vorschlag etwas eingehender zu behandeln. Vielleicht hat dann Kollege Jh. ein Einsehen und »nimmt das Gute, wo es sich findet.«

Beginnen wir mit der weitgehendsten Forderung: Dem Vertrauensmännerkörper ist das Recht einzuräumen, alle Vorstands- und Kommissionsbeschlüsse zu genehmigen oder abzulehnen. Langfristige Verträge und Tarife sind vor dem entgeltlichen Abschluß den Vertrauensleuten vorzulegen und werden erst nach deren mit Mehrheit erfolgten Zustimmung rechtskräftig. Diese Forderung bedeutet nicht, daß die Vertrauensleute nun jedem Vorstandsbeschlusse Schwierigkeiten machen werden, sondern sie bedeutet ein grundsätzliches Recht, dessen Ausübung von besonderen Umständen abhängt. Es kann der Fall eintreten, daß irgendwelche für die Allgemeinheit weitgehenden Beschlüsse gefaßt oder Vereinbarungen getroffen werden, ohne daß vorher eine genügende Diskussion in Versammlungen oder in der »Presse« möglich gewesen wäre. Ist die Kollegenschaft mit derartigen Beschlüssen nicht einverstanden, so hilft ihr kein Protest, sie muß dieselben schlucken. Es gibt dann die bekannten stürmischen Versammlungen, in denen die für den Beschluß Verantwortlichen sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, die tobende Masse zu beruhigen. Die für diesen Fall einzig zuständige Beschwerdeinstanz ist die Generalversammlung und die Einberufung einer solchen erfordert Zeit. Dabei kann dieselbe im äußersten Falle nur den verantwortlichen Personen eine scharfe Rüge erteilen bzw. den Vorstand absetzen. Aber alles das hindert nicht, daß der Beschluß für die Mitglieder bindende Kraft erhielt. Dieser Zustand hat in den letzten Jahren vor dem Kriege schon genug Erbitterung hervorgerufen, so daß es wohl endlich an der Zeit wäre, hier Abhilfe zu schaffen. Der Krieg, der alles öffentliche Leben lähmte, hat auch auf diese so notwendige Auseinandersetzung hemmend eingewirkt. Die Frage lautet also: Erfordert es die Gewerkschaftsdisziplin, daß die Mitglieder sich in jedem Falle den Entschlüssen einer kleinen Zahl von Personen zu unterwerfen haben? Beantwortet man diese Frage bejahend, dann gibt man zu, daß wir auf dem besten Wege zu dem berühmten »Kadavergehorsam« sind. Verneint man diese Frage, so schafft man endlich ein Gegengewicht gegen menschlich entschuldigbare Irrtümer und gewähre den Vertrauensleuten oder melnetwegen den Werkstattdeliegerten das grundsätzliche Einspruchsrecht. Vor einem Mißbrauch dieses Rechtes ist mir nicht bange, denn wenn sich, wie Kollege Jh. sagt, mit guten Gründen bei den Arbeitern immer etwas ausdrücken läßt, so ist nicht einzusehen, weshalb bei den Vertrauensleuten diese guten Gründe versagen sollten, wenn es wirklich mal notwendig werden könnte, eine Thorheit zu verhindern.

Den Vertrauensmännerkörper den Verwaltungen als Vorbund überordnen zu wollen, ist mir nicht eingefallen, wie denn überhaupt noch verschiedene sehr gesudt anmutende Mißverständnisse in der Entgegung des Kollegen Jh. auftauchen. Es wäre sinnlose Energievergeudung, wollten die Vertrauensmänner des Gesamtverbandes dem Hauptvorstand bei jeder beliebigen Lohnbewegung ins Handwerk pfeuchen.

Um es ausdrücklich zu betonen: die bestehenden Körperschaften haben ihre Funktionen wie bisher zu erfüllen. Nicht Einschnürung, sondern Ausbau bewährter Einrichtungen ist überall anzustreben. Als neues mitverantwortliches Organ ist der Vertrauensmännerkörper zusammen zu fassen. Das geschieht am besten durch die Schaffung eines vom Hauptvorstand redigierten Informationsblattes, welches die vom Hauptvorstand bearbeiteten Fragen bespricht, über die Mitgliederbewegung und die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Zahlstellen zuverlässige und laufende Angaben macht und durch sonstige Bekanntmachungen als Verständigungsmittel der Vertrauensleute dient.

Durch die Schaffung eines derartigen Organs erledigt sich auch die kuriose Befürchtung Jh.'s, es könnten künftig Vertrauensmännerversammlungen von 1500 Teilnehmern zustande kommen, »was schon aus finanziellen Gründen nicht zu verwirklichen sei.« Im Gegenteil! Manche Konferenz, die heute noch nicht zu vermeiden ist, würde überflüssig, wenn die Vertrauensleute lernen, über die Grenzen ihres Wirkungskreises hinaus die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Berufe zu überschauen. Durch eine ständige Berichterstattung, ausgeführt von den Obleuten der örtlichen Vertrauensmännergruppen, die nach der bestehenden Gaueninteilung des Verbandes und der Kreiseinteilung der Tarifgemeinschaften zu erfolgen hätte, würde die Arbeit der Gauleiter, Kreisvertreter sowie der Zentralkommiss-

sion sehr erleichtert und manche zeitraubende Statistik unnötig. Selbst wenn es anfangs einige Geduld erfordern sollte, bis die neue Einrichtung in Gang gebracht sein würde, so dürfte wohl der zu erwartende Erfolg die aufgewendete Mühe reichlich entschädigen. Denn die Möglichkeit, das gewonnene Material zu verarbeiten und wertvolle Anregungen zu machen, wird dadurch einem größeren Personenkreis gegeben und ein Stamm von tätigen Mitgliedern herabgebildet werden. Am wichtigsten aber wäre das wachsende Verständnis für die Aufgaben des Gesamtverbandes, welches bei unserem Filialwesen in den tariflich gebundenen Berufsgruppen schon merklich eingeschlagen ist, das aber durch den Überblick über die Lage des ganzen Gewerbes neue Kraft schöpfen würde. Hat uns unser Filialwesen bisher keine Sektiererei gebracht, so ist diese Gefahr auch dann nicht zu befürchten, wenn die Vertrauensleute eines Berufes in einzelnen Spezialfragen gesondert vorgehen. Eine Verstärkung darüber, ob allgemeine Interessen berührt werden, wird immer möglich sein. Liefert also diese ständige Nachrichtenquelle das Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Berufes, so hat der Hauptvorstand für organisatorisches Material Sorge zu tragen. Es ist, um ein Beispiel herauszugreifen, absolut nicht gleichgültig, ob die Frage des Industrieverbandes in den Büros der Vorstände schlummert, oder ob sie rege in Mitgliederkreisen diskutiert wird. Ebenso sind Fingerzeige auf dem Gebiet der Entwicklung des Tarifwesens und des künftigen Arbeiterrechts notwendig. Derartige Einblicke dürfen nicht nur einem kleinen Kreise von Personen vorbehalten bleiben. Ein dergestalt mit Stoff versorgter Vertrauensmännerkörper wird, das sieht wohl Kollege jh. selbst ein, kein Hemmschuh für den Vorstand und kein Vorwand für die Ortsverwaltungen sein. Er wird im Gegenteil sich mehr und mehr von einseitiger Brandenpolitik frei zu machen vermögen und ein unbefangener Ratgeber der Mitglieder werden. Um aber das Vertrauen der Mitglieder zu rechtfertigen, ist es nötig, daß er gegebenenfalls aktionsfähig auftreten kann, das heißt, daß er sich vermittels seines Informationsorgans rasch verständigt. Die erforderlichen Abstimmungen können örtlich vorgenommen und das Resultat in der »Graphischen Presse« veröffentlicht werden. Eine solche Aktion bedeutete einen Schutz vor Überrumpelung jeder Art und einen wirksamen Ausdruck des Mitgliederwillens. Die Unterlage für eine solche Verständigung ist aber das grundsätzliche Recht, alle nicht der Durchführung des Statuts dienenden Beschlüsse des Hauptvorstandes, Ausschusses und sonstiger Körperschaften zu genehmigen oder abzulehnen. Heute gibt es ein solches Recht noch nicht, es kann aber von der nächsten Generalversammlung ausgesprochen werden, denn »die geltende Meinung von heute braucht nicht die von morgen zu sein«, sagt jh. gültig.

Eine noch weitergehende Forderung ist die der endgültigen Entscheidung über langfristige Verträge und Tarife durch die Vertrauensleute des betreffenden Berufes. Dazu sagt Kollege jh.: »Durch das Mitbestimmungsrecht der Vertrauensleute würde es wahrscheinlich überhaupt keine Unternehmerorganisation mehr geben, die mit uns Verträge schließen würde.« Schrecklich! Dann könnten wir uns vermutlich aufhängen, wenn die Unternehmer mit uns keine Verträge mehr abschließen. Es beweist gerade kein großes Zutrauen in den Vormarsch des Tarifgedankens, wenn diesem Gedanken angeblich sofort der Atem ausgehen soll, wenn er es mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu tun bekommt. So schlimm ist es übrigens nicht. Ich möchte auch hier wieder das Gegenteil voraussetzen. Durch die Mitentscheidung des Vertrauensmännerkörpers gewinnt die Arbeiterorganisation als Garant des Tarifvertrages an Wert, denn durch diese Mitwirkung wird die Durchführung des Tarifes sicherer gewährleistet, als durch die eigentlichen Verhandlungsführenden.

Weiter sagt Kollege j. h.: »Nicht die den Arbeitervertretern erteilte Vollmacht hat diesen Zustand geschaffen, sondern die Unternehmer haben als Korrelat für die Anerkennung der Organisation diese Berechtigung zum Abschluß verlangt und davon alles abhängig gemacht.« Oder mit anderen Worten: Fressen die Arbeiter die abgeschlossenen Verträge nicht mit Haut und Haaren, dann erkennen die Unternehmer die Organisation nicht an. Wundervoll!

Dabei sind um die Anerkennung der Organisation große Kämpfe geführt worden und erfolgreich geführt worden, so daß diese Frage als längst erledigt betrachtet werden müßte. Und hier erhebt man warnend den Finger und stellt die Nichtanerkennung der Organisation als sichere Folge hin, falls die Mitglieder das Entscheidungsrecht selbst ausüben wollen.

Die Bedeutung dieser Frage ist im Rahmen dieses Aufsatzes auch nicht annähernd voll zu würdigen. Sache der Arbeiterschaft ist es, sich von der Entwicklung nicht allzusehr treiben zu lassen. Hier ist der Hebel anzusetzen, um den organisierten Arbeitern wieder zu einiger Ellenbogenfreiheit zu verhelfen. Der gute Wille und das Können der Führer allein genügt nicht. Hier muß eine Einrichtung

zu Worte kommen, die im Machtbereich der Masse liegt, die ständig sich erneuert und ergänzt und die ihrer ganzen Natur nach niemals in bürokratischen Formen erstarren kann. Und das ist der Vertrauensmännerkörper. Mag der einzelne Vertrauensmann auch vielfach noch das Aschenbrödel unter den Verbandsfunktionären sein. Die Möglichkeit ist vorhanden, seinem Amt eine größere Bedeutung zu verleihen, indem man ihm das geforderte Einspruchsrecht gibt. Die Kollegen der Geschäfte, in denen sich bisher kein Vertrauensmann finden ließ, werden im eigenen Interesse diesem Zustand ein Ende machen und die Auswahl der künftigen Vertrauensleute wird mit mehr Sorgfalt erfolgen, als bis jetzt üblich war.

Mit diesen Ausführungen glaube ich den Nachweis erbracht zu haben, daß es mir nicht darum zu tun war, die Führer zu verunglimpfen oder gefährliche Experimente zu machen. Alles, was Kollege jh. unter diesen Voraussetzungen schrieb, hätte er sich ersparen können, wenn er meinen ersten Artikel mit der Gründlichkeit gelesen hätte, mit der er vermutlich die »theoretischen Zusammenhänge des sozialen Weltgeschehens« studiert hat. Ich bin noch nie unbelehrbar gewesen, muß aber seine Beweisführung als nicht überzeugend ablehnen. Aufrichtig freuen würde es mich aber, wenn diese Aussprache ein für die Allgemeinheit brauchbares Ergebnis zeitigen sollte. F. K.

Die photomech. Fächer.

Kommt eine Betriebseinschränkung?

Am 11. September fand im Berliner Lehrvereinshaus eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Berliner Photographen (Prinzipale) statt, die gemeinschaftlich von den Vorständen der Berliner Zwangsinnung und des Photographischen Vereins einberufen war. Der Zustrom war deshalb so stark, weil die Still- oder Zusammenlegung der Betriebe besprochen werden sollte. Wiederum nahm also auch der Photographische Verein zu einer der wirtschaftlichen Fragen Stellung, die er angeblich der Innung als Arbeitsgebiet überlassen hat. — Daran ändert auch nichts, daß die Leitung in Händen des Vorsitzenden der Photographen-Zwangsinnung lag. Nachdem dieser ohne Widerspruch festgestellt, daß die Porträtfotographie — im Gegensatz zu anderen Berufen — im Kriege geschädigt nicht zu leiden, sondern einen nie erwarteten guten Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, wies er darauf hin, daß es nun auch Pflicht der Photographen sei, Opfer zu bringen und daß diese jetzt, wo es gelte, Licht und Heizung einzuschränken, wohl auch gern und freudig Opfer brächten. Die Anwesenden sollten geeignete Vorschläge zur Still- und Zusammenlegung machen, eine diesbezügliche Resolution, welche Vorschläge des Vorstandes enthalte, sollte nachdem erst bekanntgegeben werden. Auf wiederholtes Verlangen mußte dann doch die Resolution des Vorstandes verlesen werden. Inzwischen waren auch zwei Anträge eingegangen. Die Resolution schlägt vor: Montags die Ateliers (auch Laden-Ateliers) geschlossen zu halten und an den übrigen Tagen eine durchgehende Geschäftszeit von 9—5 Uhr einzuführen. Der eine Antrag verlangte: Schließung der Ateliers an zwei Tagen jeder Woche, der zweite: die vollständige Schließung aller von Nichtfachleuten und Ausländern betriebenen Photographischen Ateliers. Der letztere Antrag ist bezeichnend, da sich die Firmen auch um ausländische und ungelernete Arbeitskräfte eifrig bemühen. Der Syndikus des Photographischen Vereins, Hansen, wies nach, daß im Ausland mehr deutsche Photographen selbständig seien, wie Ausländer bei uns. Zum Antrag: Schließung an zwei Tagen jeder Woche riet Hansen nicht zu viel zu bieten, damit man bei Verhandlungen mit dem Kriegsamts noch etwas zugeben könne. — Ein Redner meinte, man könne die Gehilfen doch nicht während des Geschäftsschlusses spazieren gehen lassen und trotzdem die Zeit bezahlen, worauf ein besonders findiger Kopf anführte, daß die Geschäfte nur für Aufnahmen geschlossen werden sollten, die Gehilfen also arbeiten könnten. Der Vorsitzende, der eingangs der Versammlung die Opferfreudigkeit so sehr betonte, stimmte dieser Auslegung zu, mit den Worten, der Redner verstehe zwischen den Zeilen zu lesen. Auch die Zusammenlegung von Betrieben wurde besprochen aber bestimmte Vorschläge nicht gemacht. — Wenn die Gehilfen während der bezeichneten Schlußzeit doch arbeiten sollen, dürften die Ersparnisse an Heizung und vor Allem an Licht sehr minimal sein, da die Arbeitsräume mit den Geschäftsräumen vielfach zusammen liegen. — Nennenswerte Ersparnisse an Licht ließen sich wohl erreichen, wenn das Kopieren bei elektrischem Licht verboten würde, was natürlich eine Umschaltung des Arbeitsprozesses bringen müßte. Hieran hat man leider nicht gedacht. Die Resolution des Vorstandes mit der Schließung an den Montagen und der Geschäftszeit von 9—5 Uhr wurde fast einstimmig angenommen. — Die Hilfsenschaft hierzu zu hören, hat man bisher unterlassen. Die Opfer-

freudigkeit der Prinzipale läßt etwas derartiges wohl nicht zu. Sollten irgend welche Härten für die Hilfsenschaft aus den in Aussicht genommenen Maßnahmen entstehen, wird sich das Kriegsamts damit zu beschäftigen haben. wh.

Feuilleton.

Das technische und soziale Werk Henry Fords.

Die Friedensmission Henry Fords ist gescheitert: er hat nicht einmal verhindern können, daß sein eigenes Vaterland mit in den Weltbrand hineingezogen worden ist. Aber der Ruhm, den sich der amerikanische Multimilliardär vorübergehend als Friedensapostel erungen hat, den verdiente er dauernd zu behalten als technischer und sozialer Reformator. Wir wußten bis jetzt von ihm, daß er der größte Automobilfabrikant der Welt sei, und daß er in seinen Werken eine Reihe interessanter sozialer Experimente durchgeführt habe. Einen näheren Einblick in diese Betriebe und diese Neuerungen vermittelt und jetzt die Vertraute seiner pazifistischen Bestrebungen und seine Vertreterin auf der Friedensexpedition, Frau Rosika Schwimmer. Wir entnehmen einer sehr eingehenden Schilderung, die sie von dem Leben und Wirken des eigenartigen Mannes in der »Umschau« entwirft, folgende interessante Tatsachen.

Das Charakteristische ja vielleicht Einzigartige an Henry Fords Werk ist die Verbindung eines geradezu genialen technischen und organisatorischen Wissens und Könnens mit einem fast schrankenlosen, beinahe phantastisch anmutenden Idealismus. Der Grundsatz, den Ford in seinem Werke verwirklicht hat, ist der: Tue, was fundamental für alle Menschen das beste ist. Die ganze Menschheit ist unlösbar verbunden; man kann nicht einem ihrer Teile ein Unrecht zufügen, ohne daß dieses rückwirkend auch die andern Teile schädigt.

Die Ford Motor Company wurde im Jahre 1903 gegründet. Die Entwicklung der Produktion spiegelt sich in folgenden Ziffern: 1904 wurden in den Detroitwerken 1708 Automobile hergestellt, 1910 18664, 1912 war die Ziffer auf 78440, 1914 auf 248302 und 1916 auf 533121 gestiegen. Im Jahre 1917 wurden allein in den Detroitwerken 75000 Automobile hergestellt. Dazu kommen weitere 75000 Autos aus den ausländischen Fabriken.

Die Detroit Anlagen weisen in jeder Beziehung gigantische Maßstäbe auf. Das Maschinenhaus ist mit seinen 7 Gasdampfmaschinen die größte individuelle Kraftstation der Welt. Es hat lauter Glaswände und ist innen so sauber gehalten, wie ein Operationssaal. Von den Maschinenhallen enthalten einzelne bis zu 6000 Maschinen, die von Treibriemen in der Gesamtlänge von 50 Meilen angetrieben werden. Jede Abteilung liefert das fertige Produkt mit allen Einzelteilen. Durch dieses System wird eine große Ersparnis erzielt. So wurden beispielsweise im Motorensaal früher von 1100 Arbeitern bei 9stündiger Arbeitszeit 1000 Motore hergestellt, jetzt von 550 Arbeitern bei 8 stündiger Arbeit 1400 Motore. Die Herstellungszeit für einen Motor ist damit gesunken von 9 Stunden 21 Minuten auf 3 Stunden 10 Minuten.

In den großen Fertigungsräumen befindet sich eine ganz eigenartige und einzigartige Vorrichtung, die man, wenn sie nicht Tatsache wäre, für ein technisches Phantasieprodukt nehmen würde. Es ist dies ein beweglicher Tragriemen, der sich durch den Saal vorwärts bewegt, und zu dessen beiden Seiten Arbeiter stehen. Am Anfang werden diese embryonalen Grundteile des Autos auf den Riemen niedergelegt; jeder Arbeiter fügt dann ein Teil hinzu und am Ende verläßt das fertige Auto den Saal. Alle 25 Sekunden wird auf diese Weise ein Auto ausgeworfen.

Der technischen Wunder, die alle seitherigen Erfahrungen und Berechnungen über den Haufen werfen, gibt es noch viele. Ebenso arbeitet auch der soziale Reformator Fords mit dem scheinbar Unmöglichen, dem Widersinnigen. Und doch ist sein Grundsatz dabei ein höchst rationalistischer. Er heißt: Man kann Menschen ebenso kalkulieren wie Maschinen. Man muß die Menschen nur nicht schlechter behandeln als die Maschinen und den Arbeitgeber auch nur als Arbeiter betrachten. Ford verließ als 16jähriger Junge die bequeme elterliche Farm, um sich einem jahrzehntelangen Leben voller Entbehrungen und voll übermenschlicher Arbeit in der Stadt zu widmen, während dessen er nur der Verwirklichung seiner technischen und sozialen Träume nachjagte. Die Detroitwerke allein verfügen heute über einen Stamm von 33000 Arbeitern und Angestellten, unter denen 53 Nationalitäten und 100 Sprachen und Dialekte vertreten sind. Nach der geplanten Erweiterung der Werke werden dort 90000 Personen beschäftigt sein, und die Jahresproduktion wird dann die Höhe von über 1 Million Autos erreichen.

(Schluß folgt.)